

## **MEDIENKONFERENZ VOM 25. OKTOBER 2018**

---

Paul Rechsteiner, Präsident SGB

### **Wirtschaftlicher Aufschwung für gerechtere Verteilung nutzen**

Mit dem Verteilungsbericht 2018 legt der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine aktualisierte Bilanz der verteilungspolitischen Entwicklung der letzten Jahre vor. Diese ergibt ein sehr durchzogenes Bild.

Bei den Löhnen kann positiv bilanziert werden, dass es gelungen ist, bei den tiefen Löhnen Aufholprozesse einzuleiten. Zur positiven Bilanz der letzten Jahre gehört auch, dass unter schwierigen Bedingungen wie der massiven Überbewertung des Schweizer Frankens dem starken Druck auf die Schweizer Löhne standgehalten werden konnte. Die Zahl der Gesamtarbeitsverträge und auch der allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge konnte im Unterschied zur negativen Entwicklung in verschiedenen europäischen Ländern erhöht werden.

Kritischer muss vermerkt werden, dass die hohen und höchsten Löhne weiterhin überproportional zugelegt haben. Inzwischen gibt es in der Schweiz rund 14'000 Personen mit einem Salär von über einer halben Million Franken. Ein immer grösserer Teil des wirtschaftlichen Erfolgs wird begünstigt durch die Individualisierung der Lohnpolitik und eine grassierende Boni-Kultur durch die hohen und höchsten Einkommen abkassiert.

Krass ist die Ungleichheit der Vermögensentwicklung. Hier hat das reichste Prozent seinen Anteil an allen Vermögen innert nur zehn Jahren um mehr als 6% von 35.4% auf 41.9% gesteigert. Das ist auch im internationalen Vergleich bedenklich. Im Gegensatz zur Einkommensungleichheit belegt die Schweiz bei der Vermögensungleichheit einen Spitzenplatz.

Zu den einkommenspolitischen Fehlentwicklungen gehört die Belastung mit Krankenkassenprämien. Die Prämienbelastung ist in den letzten 20 Jahren real um 115% gestiegen. Die Prämienverbilligungen dagegen um nur 32%. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Prämienbelastung für viele mit bescheidenen Einkommen, aber auch für viele Familien mit Kindern untragbar geworden ist. Mit der stärkeren Belastung der tieferen und der Durchschnittseinkommen durch Krankenkassenprämien und Mieten kontrastieren die Steuererleichterungen der letzten 20 Jahre, die den hohen und sehr hohen Einkommen zugutegekommen sind.

Wichtigster Faktor für eine gerechtere Einkommensverteilung ist die Lohnentwicklung. Die Ausgangslage dafür ist grundsätzlich günstig, weil der Wirtschaftsaufschwung seit 2016 inzwischen gut konsolidiert ist. Abgesehen von der Produktivitätsentwicklung und von der wieder einsetzenden Teuerung gilt es für die kommenden Lohnrunden auch den inzwischen aufgestauten Nachholbedarf zu berücksichtigen. Wichtig ist es, dass es endlich wieder zu substantziellen Lohnrunden für die Normalverdienenden kommt.

Dass sich die Lehre lohnt, darf nicht einfach an einer im internationalen Vergleich erfolgreichen und nach oben durchlässigen Berufslehre liegen. Eine Berufslehre muss sich auch finanziell lohnen. Hier besteht lohnpolitisch ein besonderer Nachholbedarf. Dies gilt insbesondere auch für langjährige Berufsleute, die im Vergleich lohnmässig stehen geblieben sind.

Gute Löhne für die Normalverdienenden sind auch für eine ausreichende Altersvorsorge entscheidend. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Pensionskassenrenten für ältere Berufsleute trotz steigender Beitragslast immer schlechter werden. Das wird verteilungspolitisch zu einem grösseren Problem, wenn nicht rechtzeitig Gegensteuer gegeben wird. Denn die Gegensätze bei der Einkommensverteilung steigen schon heute mit dem Eintritt ins Rentenalter noch einmal stark an.

Zweites Handlungsfeld sind die Krankenkassenprämien. Von der politischen Vorgabe bei Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes im Jahre 1996, wonach Haushalte nicht mehr als 8% des Budgets für Prämien aufbringen sollten, sind wir weit entfernt. Als Nahziel politisch anzustreben ist eine Belastungsgrenze von maximal zehn Prozent des Einkommens, wie das neu durch eine Volksinitiative gefordert wird.

Schliesslich muss dafür gesorgt werden, dass die steuerpolitische Begünstigung der hohen Einkommen korrigiert wird. Gute und erschwingliche öffentliche Dienstleistungen sind auch einkommenspolitisch eine entscheidende Vorgabe gegen die grassierende Einkommens- und Vermögensungleichheit.

Der wirtschaftliche Aufschwung muss dazu genutzt werden, wieder eine positive Dynamik für die Normalverdienenden einzuleiten. Lohnpolitisch, mit guten Gesamtarbeitsverträgen und politischen Massnahmen bei den Krankenkassenprämien und den Steuern, die sich wieder an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung mit unteren und mittleren Einkommen ausrichten.